

1 Entwurf, Stand 21.01.2019

2 *Beschlussvorlage*

3 **Die Union der Sicherheit - Europa in Zeiten des internationalen Terrorismus (Europa auf**  
4 **dem Weg zur Sicherheitsunion)**

5 **Präambel**

6 Die Europäische Union ist der Zusammenschluss und die Selbstverpflichtung befreundeter  
7 Staaten auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Das Bekenntnis zu diesen grundlegenden  
8 Werten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, der Achtung der Menschenrechte und der  
9 Bewahrung der Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eint und verpflichtet die  
10 gesamte EU. Eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration ist das  
11 europäische Friedensprojekt. Das grenzkontrollfreie Reisen innerhalb der Mitgliedstaaten des  
12 Schengenraumes ist eine der großen Erfolge der letzten Jahrzehnte. Voraussetzung dafür ist  
13 allerdings ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen. Solange dieser nicht besteht, ist – wo  
14 notwendig – die temporäre Fortführung von Binnengrenzkontrollen weiterhin erforderlich.  
15 Terrorismus bzw. terroristische Handlungen mit grenzüberschreitendem Charakter erfordern  
16 zudem, dass wir gemeinsam mit allen rechtsstaatlichen Mitteln noch wirksamer zum Schutz  
17 der Menschen handeln müssen.

18 Die Herausforderungen des internationalen Terrorismus beschäftigen die europäischen  
19 Staaten und die Europäische Union bereits seit einigen Jahren. Im Angesicht wachsender  
20 Gefahren und sich wandelnder grenzüberschreitender Bedrohungen bedarf es koordinierter,  
21 konsequenter und klarer Antworten auf allen Ebenen. Die Europäische Union ist hier ebenso  
22 gefragt wie die Bundesrepublik Deutschland und die deutschen Länder. Zielgerichtete  
23 Maßnahmen müssen präventiv und repressiv wirken. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und  
24 CSU fordern daher eine intensivere Zusammenarbeit und einen besseren  
25 Informationsaustausch zwischen den Staaten, Behörden und Nachrichtendiensten, verstärkte  
26 Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung, klare, rechtliche Rahmenbedingungen und  
27 einen besseren Schutz der Opferrechte.

28 **Informationsaustausch/ Vereinheitlichung von Begriffen**

29 Von herausragender Bedeutung ist der Informationsaustausch der Sicherheitsinstitutionen  
30 über staatliche Grenzen hinweg sowie zwischen den europäischen Akteuren. Der Brexit darf  
31 zu keinen Nachteilen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger führen, unabhängig  
32 davon, ob sie in oder außerhalb der EU leben. Terroristen orientieren sich nicht an  
33 Ländergrenzen. Sie nutzen die Möglichkeiten der nationalen und internationalen  
34 Kommunikation in ihrem Sinne aus. Trotz aller Bemühungen der letzten Jahre gibt es nach wie  
35 vor Schwachstellen und Lücken im Sicherheitssystem und somit Notwendigkeiten, die  
36 Mechanismen im Kampf gegen den Terrorismus zu verbessern.

37 So bedarf es gemeinsamer Standards, Definitionen und Datenbanken, der Verknüpfung von  
38 Datenbanken (Interoperabilität), wodurch der Austausch wichtiger Informationen ermöglicht  
39 und erleichtert wird, um Gefahren, Gefährder und Straftäter frühzeitig zu identifizieren, Wir  
40 halten eine einheitliche Festlegung über die Einstufung terrorrelevanter Personen für  
41 erforderlich, um europaweit eine Verständigung über Maßnahmen zu ermöglichen.

42 Wir bekräftigen unsere Forderung, dass die Sicherheitsbehörden der Länder und der EU-  
43 Mitgliedstaaten ihre Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder automatisiert  
44 untereinander austauschen. Das Ziel muss eine gemeinsame europaweite Liste für Gefährder  
45 sein.

46 Wir bekräftigen unsere bereits 2017 aufgestellte Forderung an die EU nach einer  
47 konsequenten Herstellung der Vernetzung der Informationssysteme: Die bisher getrennten  
48 Daten in EURODAC, dem Visa-Informationssystem, dem Schengener-Informationssystem (SIS),  
49 dem Einreise-/Ausreise-System (EES) und dem erst im August 2018 zugestimmten  
50 Europäischen Reise-Informations- und Genehmigungssystem (ETIAS) sowie auch das Europol-  
51 Informationssystem (EIS) müssen endlich so verknüpft werden, dass die Polizei- und  
52 Sicherheitsbehörden unverzüglich und ohne Hürden notwendige Informationen abfragen  
53 können. Die notwendigen technischen Voraussetzungen sind hierfür ständig auf aktuellem  
54 Stand zu halten, um den größtmöglichen Grad an Sicherheit zu gewährleisten. Die  
55 insbesondere durch die Einrichtung des Einreise-/Ausreise-Systems sowie die Vorschläge zur  
56 Verstärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) angestoßene Stärkung der  
57 EU-Außengrenzen muss durch die Agenturen sowie die Mitgliedstaaten mittels  
58 ordnungsgemäßer Kontrollen an allen Grenzen und effektivem Informationsaustausch mit  
59 Leben gefüllt werden. Es wird von den Mitgliedstaaten erwartet, dass sie ihrer Verpflichtung  
60 nachkommen und mehr Personal an die Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex)  
61 abtreten.

62 Schließlich bedarf es dringend einer Belebung der Diskussion über die  
63 Vorratsdatenspeicherung und einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Urteil des EuGH  
64 vom 21.12.2016. Die europäischen Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden,  
65 Terrorismus und Schwerstkriminalität wirksam zu bekämpfen.

66 Weiterhin setzen wir uns für eine stärkere Zusammenarbeit bei der Durchführung von  
67 Ermittlungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden ein. Die Nachrichtendienste sollen verstärkt  
68 auch im Internet tätig werden. Ihre technischen Fähigkeiten müssen im Rahmen  
69 grundrechtssichernder gesetzlicher Vorgaben den Entwicklungen der Technik und dem  
70 grundlegenden Wandel des Kommunikationsverhaltens angepasst werden. Kriminelle und  
71 terroristische Vereinigungen dürfen sich nicht in der Anonymität des Netzes verstecken  
72 können.

73 **Extremismus/ Radikalisierungsprävention**

74 Prävention ist aktiver Opferschutz. Jede Person, die sich nicht radikalisiert oder auf den  
75 Boden der demokratisch-freiheitlichen Grundordnung zurückgeführt werden kann, ist eine  
76 Gefahr weniger. Hier müssen wir unsere Anstrengungen zum Ausbau von Anti-  
77 Radikalisierungsmaßnahmen, wie z.B. Programme für Justizvollzugsanstalten,  
78 Aussteigerprogramme und Initiativen im Bereich Bildung sowie Awareness-Kampagnen,  
79 beibehalten bzw. weiter ausbauen. Es bedarf darüber hinaus spezifischer Aus- und  
80 Weiterbildung zur Sensibilisierung im Umgang mit Radikalisierung.

81 Internet und digitale Kommunikation sind wesentliche Faktoren der Radikalisierung.  
82 Deswegen unterstützen die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU ausdrücklich sowohl den  
83 Vorschlag der Europäischen Kommission, terroristische Propaganda, möglichst binnen einer  
84 Stunde (durch die Dienstanbieter) aus dem Internet zu entfernen, als auch den Aktionsplan  
85 der EU gegen Desinformation und die Legislativvorschläge zur Terrorismusbekämpfung der  
86 Europäischen Kommission vom 17.04.2018.

87 Menschen, die Opfer von Terroranschlägen geworden sind, sowie deren Angehörige müssen,  
88 unbürokratisch und schnell Solidarität und Hilfe erfahren. Hier bedarf es zunächst einer  
89 gemeinsamen EU-weiten Definition von „Terrorismusopfern“. Darüber hinaus wollen wir den  
90 Aufbau einer EU-Koordinierungsstelle für Terrorismusopfer prüfen, die Krisenunterstützung  
91 bei Angriffen leistet. Außerdem sprechen sich die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU  
92 dafür aus, zu prüfen, ob der Solidaritätsfonds der EU zur Entschädigung schwerer Folgen bei  
93 Terrorangriffen genutzt werden könnte.

94 **Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf allen Ebenen - in Europa, Deutschland**  
95 **und den Ländern**

96 Die Europäische Union kommt ihrem Auftrag der Friedens- und Wohlstandssicherung immer  
97 dann am besten nach, wenn sie mit einer Stimme spricht und gemeinsam für die  
98 Europäerinnen und Europäer handelt. Neben dem Aufbau der gemeinsamen Europäischen  
99 Staatsanwaltschaft und vieler weiterer Schritte zur Harmonisierung und Koordinierung,  
100 müssen die gemeinsamen Maßnahmen auch im Bereich der Terrorabwehr abgestimmt und  
101 ausgebaut werden.

102 Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU unterstreichen die Notwendigkeit der  
103 Verschärfung von einzelnen Vorschriften in diesem Bereich. So bspw. die Ermöglichung des  
104 Direktzugriffs auf Finanzinformationen zum Zwecke der Verhinderung, Aufdeckung, Ermittlung  
105 und Strafverfolgung von schweren Straftaten (wie Terrorist Finance Tracking Program – TFTP);  
106 die Verschärfung der Vorschriften über Ausgangsstoffe für Explosivstoffe, die Ein-, Aus- und  
107 Durchfuhr von Feuerwaffen und die Verbesserung der Sicherheitsmerkmale von  
108 Ausweisdokumenten, damit Terroristen und Gefährdern die Einreise mit gefälschten

109 Dokumenten erschwert wird. Europa hat in den vergangenen Jahren besondere Humanität mit  
110 der Aufnahme vieler Menschen gezeigt. Dieser Schutz darf allerdings nicht missbraucht  
111 werden – Personen, die wegen einer schweren Straftat verurteilt wurden bzw. terroristische  
112 Gefährder sind, kann kein Gast- und Schutzrecht zukommen. Insoweit werden die Vorschläge  
113 der Europäischen Kommission zur Verbesserung der EU-Rückführungsrichtlinie grundsätzlich  
114 unterstützt.

115 Auch auf nationaler und föderaler Ebene müssen Regelungen angepasst werden.  
116 Einbürgerungen von Extremisten müssen verhindert oder – soweit rechtlich möglich –  
117 rückgängig gemacht werden können. Wer für eine Terrormiliz gekämpft hat und neben der  
118 deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, dem muss die deutsche  
119 Staatsbürgerschaft aberkannt werden können.

120 Wir wollen die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen  
121 bundesgesetzlich unter Strafe stellen. Für die Unterstützung von terroristischen  
122 Vereinigungen wollen wir eine Versuchsstrafbarkeit einführen. Wenn Extremisten in  
123 Deutschland aus dem Ausland ideologische Unterstützung erhalten, sind weitere adäquate  
124 Abwehrinstrumente wie beispielsweise Ausreise- und Kontaktverbote erforderlich.